

**Stadtverordneter
für Bündnis'90 / Die Grünen
Detlev Rathke
Alter Münsterweg 31
48249 Dülmen
Tel.: 02594/7454
Handy: 015208862447
Mail: detlev@citykom.net**

Dülmen, den 12.03.2009

Haushaltsrede 2009 für Bündnis'90 / Die Grünen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen
Herr Bürgermeister.

Nun ist es fast auf den Tag genau ein Jahr her das ich für Bündnis'90/Die Grünen, hier im Stadtrat, meine erste Haushaltsrede vorgetragen habe. Ich führte damals an das es ab zu sehen sei das die wirtschaftlichen Daten einen eher rückläufigen Trend anzeigen, und wir den gewonnenen Spielraum mit Augenmaß nutzen sollten. Diesem Hinweis wurde im letzten Jahr kaum Rechnung getragen.

Herr Röder, der Stadtkämmerer, führte bei der Einbringung des Haushalts für das Jahr 2009 an, dass „die Krise der realen Wirtschaft“ so, wie sie über uns hereingebrochen ist, nicht zu erwarten war. Diese Aussage halte ich für sachlich falsch. Viele Sachkundige Finanzexperten aus den unterschiedlichsten Interessensgebieten haben spätestens Mitte des letzten Jahres diesen Trend aufgezeigt. Die Stadt und in erster Linie Sie, Herr Bürgermeister Püttmann, hätten spätestens im Herbst die Parteien und Fraktionen an einen Tisch holen müssen, um mit ihnen Vorberatungen über die sich absehbar verschlechternde Entwicklung für unseren Stadthaushalt zu beraten. Dies haben Sie nicht gemacht. Der anstehende Kommunalwahlkampf hat Sie stattdessen veranlasst, mit einem Konjunkturprogramm „Sicherheit und Zukunft“ als Retter und Macher zu präsentieren.

Herr Röder spricht aber auch von Vertrauensverlusten und Ängsten der Menschen vor einer ungewissen Zukunft, und dass die Menschen auf ein Zeichen der Verlässlichkeit warten. Hier kann ich Herrn Röder im Namen von Bündnis'90 / Die Grünen nur unterstützen und hoffe für unsere Stadt auf das richtige Augenmass in der Ausgabenpolitik. Verlässlichkeit heißt aber für uns

zum Beispiel auch, dass es zu keinen „Politikdenkmälern“ kommen darf die unsere Kinder noch bezahlen müssen.

Wir sagen, wie Herr Röder, dass die Ausgangslage für den Haushalt 2009 unsicherer als jemals zuvor ist. Das Projekt Innenstadtentwicklung umfasst zum Beispiel die Projekte „Königsplatz“ sowie die mögliche „Umgestaltung des Dülmener Bahnhofs“, und die eher kleineren Projekte die sich aus dem „Einzelhandels + Zentrenkonzept“, dem Verkehrsführungskonzept/Innenstadt“ und dem „Veloroutenkonzept“ ergeben. Wenn die Ausgangslage des Haushaltes 2009 so unsicher ist, wie es Herr Röder behauptet, müssen diese Projekte grundsätzlich mit viel Augenmaß angegangen werden.

Einzig die Realisierung der Maßnahme Königsplatz muss Priorität vor allen anderen Projekten haben. Die sich aus dem Projekt „Königsplatz“ ergebende notwendige weitere Planung für den Marktplatz und dem Reststück Marktstraße bis zur Borkenerstraße ist dabei zusätzlich zu berücksichtigen. Die angedachten Planungen zur Innenstadtentwicklung dienen in erster Linie dazu die Kaufkraft in unserer Stadt zu binden, ja zu erhöhen. Unbestritten bleibt deshalb, dass die Attraktivität der Münsterstraße gesteigert werden muss.

Durch die im letzten Jahr beschlossene Gestaltungssatzung werden wir gestalterische Verfehlungen in der Innenstadt zurückfahren. An dieser Stelle sei nur gesagt Bündnis`90/ Die Grünen haben in der kommunalpolitischen Erklärung von 1984 schon eine solche Satzung gefordert, es hat aber noch 24 Jahre gedauert bis sich der Zeitgeist in Konservativen Kreisen änderte und eine solche Satzung möglich wurde. Wir freuen uns, dass unsere Vorstellungen nach dieser langen Zeit doch noch umgesetzt werden.

Der vorgelegte Masterplan Bahnhofsbereich Dülmen zeigt zwar gute Ansätze für mögliche neue Planungen in diesem Bereich, aber leider liegen zu den unterschiedlichen Varianten noch keine Zahlen auf dem Tisch. In wie weit wir ein solches Projekt stemmen können, muss die weitere Planung ergeben. Die Entwicklung des Bahnhofs ist für uns auch Innenstadtentwicklung, obwohl der Bereich Innenstadt zurzeit anders definiert wird. Wir Grüne wollen soviel Verkehr wie möglich auf die Schiene verlagern. Ein freundlicher, heller und sicherer Bahnhof wird dazu beitragen, dass sich die Fahrgastzahlen erhöhen. Die Erreichbarkeit einer Stadt über die Schiene ist auch ein Standortfaktor für Unternehmen.

Meine Partei und ich als der einzige Ratsvertreter für Bündnis`90/Die Grünen im Stadtrat sind in keinem einzigen Fachausschuss vertreten und können uns deshalb in die Inhaltliche Diskussion der Fachausschüsse konstruktiv nicht einbringen.

Durch die Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse kommt auch nicht jeder Tagesordnungspunkt in den Hauptausschuss oder Stadtrat in dem ich vertreten bin, um dann wenigstens hier unseren Standpunkt darlegen zu können. Diese Situation hat die Mehrheitsfraktion der CDU zu vertreten. Seit geraumer Zeit wird zusätzlich sogar verstärkt versucht, die inhaltliche Arbeit der Ausschüsse in Arbeitskreise zu verlagern, deren Besetzung von der Mehrheitsfraktion willkürlich festgelegt wird. Hier fordern wir einfach, dass mehr Demokratie gewagt wird. Dadurch würden sich zwar nicht die Mehrheitsverhältnisse ändern, aber alle gewählten politischen Parteien könnten sich an der inhaltlichen Diskussion in den Fachausschüssen und Arbeitskreisen beteiligen. Unstreitig wäre das ein Gewinn für die Politik in unserer Stadt und ihre Bürger.

Politik darf kein Selbstzweck für Akteure sein. Dieser Selbstzweck zeigt sich für mich bei der Entscheidung zum Amtshaus in Buldern. Erst fordert die Politik Bürgerbeteiligung in den unterschiedlichen Themenfeldern, dann stellen z. B. Bürger ein Konzept zum Erhalt des alten Amtshauses in Buldern auf, doch dann wischt man dieses Konzept mit fadenscheinigen Gründen vom Tisch. Dass aber hier die Stadt als Eigentümer über viele Jahre ihr Eigentum nicht in dem Maße gepflegt hat, wie man es für öffentliches Eigentum zu tun hätte, sei an dieser Stelle erwähnt. Denn nach dem Denkmalschutzgesetz von 1980 sind nicht nur Objekte von nationaler oder landesweiter Bedeutung zu schützen, sondern auch solche von regionaler und örtlicher Bedeutung. Denkmäler zu schützen ist in erster Linie Aufgabe der Gemeinden, die als Untere Denkmalbehörden in der Regel über die Aufnahme in die Denkmalliste entscheiden.

An dieser Stelle sei nur erwähnt das die Stadt als Untere Denkmalbehörde einfach nicht das Gespür aufbringen will, was ihr von Gesetzwegen möglich wäre, um die wenigen alten und bedeutsamen Gebäude in unserer Stadt zu erhalten. Das neuste Beispiel hierfür ist die Entwicklung der letzten Monate in Sachen „Emmerickhaus“. Auch hier, wenn auch unter anderen Voraussetzungen, hätte die Untere Denkmalbehörde mehr Gespür und Verhandlungsgeschick zeigen können und müssen. In einer Stadt wie Dülmen, die im Krieg fast vollständig zerstört wurde, ist jedes Haus, was z.B. vor 1945 erbaut wurde, ein „Juwel der Geschichte“ - auch wenn es nicht immer im Sinne des Denkmalschutzes ein Denkmal ist. Hier fordern wir, dass die Untere Denkmalbehörde ihre Handlungsprämisse für die Zukunft ändert und z.B. den Zeugniswert der Gebäude der damaligen Gesellschaft herausstellt. Alleine deshalb müssten schon mehr Mittel für die Denkmalpflege und Denkmalschutz bereitgestellt werden. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Unteren Denkmalbehörde mit allen Bürgern und ihren Vereinen in dieser Stadt, die sich mit dieser Thematik befassen ist bitter notwendig.

Vor diesem Hintergrund erhebe ich wie, schon im letzten Jahr, die Forderung dass wir als Stadt unseren Haus und Bauwerkbestand, aber auch den unserer Bürgerinnen und Bürger, unter historischen, kulturellen und baugeschichtlichen Gesichtspunkten registrieren und dokumentieren.

In einem zweiten Schritt müssen wir uns mit dem Erhalt und möglicher Unterschützstellung befassen. Hierzu sind breiteste Kreise der Bevölkerung, unter Begleitung z.B. durch unsere Heimatvereine, Kunstvereine und die ZID, einzubeziehen.

Ein gutes Beispiel ist die angedachte Nutzungsänderung der Kirche Maria Königin durch ein Wohnprojekt. Wir halten das für erachtenswert. Bei einem Abriss der Kirche würde wieder ein Teil unserer Kulturgeschichte verloren gehen.

Nun möchte ich noch einige Worte zu den Finanzen sagen:

Durch eine haushaltstechnische Möglichkeit, durch die Verringerung der Ausgleichsrücklage von 6.906.375 EUR, ist der Haushalt ausgeglichen. Im letzten Jahr haben wir nach vielen Jahren Haushaltssicherung noch ca. 1.846.484 EUR im Ansatz weniger ausgegeben, als wir eingenommen haben. Wir geben im Ansatz für dieses Jahr aber 8.601.153 EUR mehr aus als im letzten Jahr. Wo bleibt das Augenmaß? Ach ja, es ist ja wieder Wahljahr. Ein wesentliches Ziel des NKF ist die intergenerative Gerechtigkeit: Jede Generation soll die Aufwendungen tragen die sie an Ressourcen verbraucht. Machen wir das mit so einem Haushalt? Ich sage nein.

Jede einzelne im Finanzplan aufgeführte Maßnahme alleine hätte sicherlich ihre Berechtigung aber wo bleibt das Augenmaß. Hier sei nur ein Beispiel genannt ein geplanter Zuschuss von 200.000 EUR für den Reitverein aber nur ein Zuschuss von 100.000 EUR an die Sportvereine. Gut hätte es dem Haushalt auch angestanden, mehr freiwillige Leistungen im sozialen Bereich, auch für Sozialhilfeempfänger, bereitzustellen.

Um unsere Stadtfinanzen krisensicherer zu machen, sollte ein Konzept erarbeitet werden, das sich die Ansiedlung von weiteren Unternehmen zum Ziel setzt, damit wir die Gewerbesteuerbasis verbreitern können. Dazu gehört es, dass entsprechendes Planungsgeschick entwickelt wird und im Falle eines Misserfolges nicht die an die Betriebe angrenzende Nachbarschaft diffamiert wird.

Unserer Forderung aus den letzten beiden Jahren nach Einrichtung eines ökologischen Baugebietes soll in einem ersten Planungsschritt entsprochen werden. Wir wollen aber mal die Detailplanungen abwarten. Sollte man in den Konservativen Kreisen die Notwendigkeit einer Änderung mit dem Umgang unserer Ressourcen erkannt haben, würden wir dies begrüßen.

Sechs Jahre Leerstand – in Sachen Kaserne sind wir keinen Schritt weiter. Im Februar diesen Jahres wurden der Öffentlichkeit auf einmal zwei Investorengruppen vorgestellt, die sich vorstellen könnten, ihre Projekte in der Kaserne zu verwirklichen. Wir denken daran: es ist ja Wahljahr.

Die eine Investorengruppe ist die „Gesellschaft der sicherheits- und wehrtechnischen Wirtschaft in NRW (GSW)“. Sie wollen die Kaserne für die Felder Logistik, Dienstleistung und Produktion umgestalten. Es soll dort aber auch Entwicklung und Forschung stattfinden. Hierzu sei gesagt, dass die 110 Mitglieder der GSW, denn die GSW ist ein Unternehmensverband, in erster Linie mit der Rüstungsindustrie oder dem Ausbau des Überwachungsstaates verbandelt sind. Diese Unternehmen werden sich bei dem, was sie in der Kaserne machen wollen, nicht so gerne in die Karten schauen lassen. Deshalb ist bei der weiteren Beratung Vorsicht geboten.

Wie schon im letzten Jahr, gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen, mir das Leben als Einzelkämpfer zu erleichtern.

Doch das Verhalten des Bürgermeisters uns gegenüber hat sich verändert, bei der Klärung von Sachverhalten und Anfragen die in überschaubarer Zeit von Ihm zu klären wären, lässt er uns seit neuestem unnötig lange warten. Herr Püttmann sie sind in erster Linie Bürgermeister aller Dülmener und erst in zweiter Linie Parteimitglied der CDU. Hierzu sei nur gesagt der Kommunalwahlkampf lässt Grüßen.

Ich werde für Bündnis`90/Die Grünen den Haushalt ablehnen, denn wir vermissen:

1. Eine vorausschauende Finanzpolitik
 2. Eine nachhaltige Stadtentwicklung die dafür Sorge trägt das z.B. die Steuerquellen sprudeln.
- und
3. stört uns der immer weiter anhaltende sorglose Umgang mit den wenigen historischen Gebäuden in unserer Stadt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit